

Saarbrücken, den 06.12.2024

PRESSEMITTEILUNG

Der SSGT richtet Hilfsappell an die Kanzlerkandidaten: Vor dem Hintergrund der desolaten Finanzlage der Saar-Kommunen ist eine Gesamtlösung zur Unterstützung der Saar-Kommunen notwendig

Der Saarländische Städte- und Gemeindetag (SSGT) hat heute angesichts des drohenden Kippunktes der saarländischen Kommunalfinanzen einen dringenden Hilfsappell an die Kanzlerkandidaten für die bevorstehende Bundestagswahl gerichtet und fordert eine Gesamtlösung zur Unterstützung der Saar-Kommunen.

Der Präsident des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Oberbürgermeister Prof. Dr. Ulli Meyer, St. Ingbert, sowie der stellvertretende Präsident, Oberbürgermeister Jörg Aumann, Neunkirchen, begründen diesen Appell wie folgt:

„Die finanzielle Lage der Kommunen verschlechtert sich bundesweit in einem erheblichen Maße, die Städte und Gemeinden verzeichnen in diesem Jahr und in den nächsten Jahren hohe Milliarden-Defizite. Für die strukturschwachen und finanziell unterfinanzierten saarländischen Städte und Gemeinden wird diese Krise aber dramatische Folgen haben. Wir befürchten, dass alle Kommunen im Saarland, tief in den roten Bereich geraten werden und eine neue Verschuldungsdynamik die Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit gefährdet. Wir sehen daher jetzt neben dem Land in besonderen Maßen auch die Bundespolitik gefordert, hier mit einem Gesamtpaket entgegenzusteuern. Viele Entscheidungen, die erhebliche Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen haben, werden nämlich auf der Ebene des Bundes entschieden, die Bundespolitik ist hier in der Verantwortung.“

Die Vertreter des SSGT erkennen durchaus, dass die finanziellen Spielräume für alle staatlichen Ebenen enger werden, auch für den Bund. Die Zukunft der repräsentativen Demokratie werde sich aber vor Ort und daran entscheiden, dass die Kommunen zentrale Herausforderungen wie Klimawandel, Transformation der Wirtschaft, Investitionen in Bildung und Betreuung, Demografie oder Integration erfolgreich bewältigen werden.

„Die saarländischen Kommunen können bei den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht zugleich ihre Finanzkrise selbst lösen und die aktuellen Herausforderungen und Zukunftsaufgaben ohne weitergehende Unterstützung meistern. Wir brauchen im Saarland

einen bedarfsgerechten kommunalen Finanzausgleich, wir benötigen aber auch kurzfristig und strukturell die Hilfe durch den Bund!“

Die Erwartungen des Verbandes an die Bundespolitik fassen die Vertreter des SSGT wie folgt zusammen:

„Wir benötigen schnell eine Lösung für die Altschuldenproblematik der saarländischen Städte und Gemeinden; das Land ist hier durch den Saarland-Pakt in Vorlage getreten. Wir brauchen aber auch strukturell eine bessere Finanzausstattung, einen Abbau von überflüssiger Bürokratie und mehr Vertrauen in die Demokratie vor Ort. Ferner muss auch für den Bund das strikte Konnexitätsprinzip, also der Grundsatz wer bestellt, bezahlt gelten. Und schließlich muss sich der Bund darauf zurückbesinnen, dass durch die Kommunen nur das leistbar ist, was auch letztendlich bezahlt werden und personell umgesetzt werden kann. Wir benötigen eine ehrliche Diskussion über Umfang und Priorisierung staatlicher Aufgaben und staatlicher Leitungen. Die Überforderung der Kommunen durch immer neue Aufgaben muss aufhören!“

Die Vertreter des SSGT hoffen und erwarten, dass der künftige Bundeskanzler in seiner Regierungsarbeit auf die berechtigten Forderungen und Wünsche der saarländischen Städte und Gemeinden eingehen wird.

Anlage

Das Schreiben an die Kanzlerkandidaten ist dieser Pressemitteilung beigelegt.



SAARLÄNDISCHER
STÄDTE- UND
GEMEINDETAG

DER PRÄSIDENT
DER STV. PRÄSIDENT

SSGT · Talstraße 9 · 66119 Saarbrücken

Saarbrücken, 06.12.2024

Hilfsappell des Saarländischen Städte- und Gemeindetages an die Bundespolitik: Vor dem Hintergrund der desolaten Finanzlage der Saar-Kommunen ist ein Gesamtpaket zur Unterstützung der Saar-Kommunen notwendig

Anrede,

im Vorfeld der anstehenden Bundestagswahl wenden wir uns im Namen der saarländischen Städte und Gemeinden an Sie als Spitzenkandidat Ihrer Partei, um auf die mehr als schwierige Finanzlage der saarländischen Kommunen hinzuweisen und um entsprechende Unterstützung zu bitten.

Die Kommunalfinanzen befinden sich deutschlandweit in einer sehr schwierigen Lage. Die kommunale Seite verzeichnet bundesweit Milliardendefizite. Diese Krise trifft die Saar-Kommunen allerdings in einem besonderen Maße. Das Saarland befindet sich als Region seit Jahren in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Infolgedessen haben die saarländischen Städte und Gemeinden auch in den „guten Jahren“ keine nachhaltige Erholung ihrer finanziellen Lage verzeichnen können; im Gegenteil, der Rückstand zu den prosperierenden Regionen hat sich erhöht. Dies bedeutet auch, dass die hiesigen Städte und Gemeinden keine finanzielle Krisen-Resilienz entwickeln konnten. Eine Vorbereitung auf die jetzige Situation war aufgrund der strukturellen Unterfinanzierung der Saar-Kommunen nicht möglich.

Für die nächsten Jahre müssen alle saarländischen Städte und Gemeinden, also auch diejenigen, die in der Vergangenheit für saarländische Verhältnisse noch relativ gut da standen, mit erheblichen Defiziten rechnen, die sie aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Die Ursachen sind die allgemein angespannte wirtschaftliche Lage, hohe Lohnkosten aufgrund der vergangenen Inflation und stark ansteigende Kreisumlagen auf-

grund der Soziallasten (hier insbesondere die Hilfen zur Pflege und die Leistungen der Jugendhilfe). Hinzu kommt die finanzielle Belastung wegen der hohen Altschulden.

Wir verkennen nicht, dass zunächst in erster Linie das Land gefordert ist, für eine auskömmliche Finanzierung seiner Kommunen zu sorgen. Allerdings fußt ein Großteil unserer finanziellen Sorgen auf Entscheidungen, die in den vergangenen Jahren in Berlin getroffen worden sind, ein Beispiel hierfür ist die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich. Wir sehen daher auch den Bund in der Verantwortung, bei seinen Entscheidungen die begrenzten finanziellen und organisatorischen Ressourcen der Kommunen, die ja viele Bundesgesetze operativ umsetzen müssen, mit zu berücksichtigen und die Städte und Gemeinden finanziell angemessen zu unterstützen.

Wir wissen, dass die Spielräume für alle staatlichen Ebenen enger geworden sind, auch für den Bund. Handlungsfähige Kommunen sind aber für die Akzeptanz unseres demokratischen Gemeinwesens elementar. Die Zukunft der repräsentativen Demokratie, so wie wir sie kennen, wird sich vor Ort und daran entscheiden, dass wir zentrale Herausforderungen wie Klimawandel, Transformation unserer Wirtschaft, Investitionen in Bildung und Betreuung, Demografie oder Integration auch kommunal erfolgreich bewältigen werden.

Die saarländischen Kommunen können dies nicht aus eigener Kraft, wir benötigen die Hilfe des Bundes bzw. des Bundestages. Notwendig ist ein großer Wurf, der weiter geht als die Hilfsmaßnahmen der Vergangenheit. Wir brauchen eine **Gesamtlösung, die folgende kurzfristige und strukturelle Punkte umfasst:**

1.) Kurzfristig:

- Wir bitten, die Schlussfolgerungen aus der Kommission „**Gleichwertige Lebensverhältnisse**“ aus dem Jahr 2019 endlich vollumfänglich umzusetzen, dem verfassungsmäßigen Auftrag nachzukommen und auf Ebene des Bundes eine **Lösung für die Altschuldenproblematik** der saarländischen Städte und Gemeinden herbeizuführen; das Land ist hier mit dem sog. Saarland-Pakt in Vorlage getreten.

2.) Strukturell:

- Die saarländischen Städte und Gemeinden benötigen eine **nachhaltig bessere Finanzausstattung:**

Im Rahmen unserer Finanzverfassung ist hier zwar in erster Linie das Land gefordert, ohne flankierende Maßnahmen der Bundesebene wird es aber nicht gehen.

- **Bürokratieabbau und mehr Vertrauen in die Demokratie vor Ort:**

Der **Bürokratieabbau** und damit einhergehend eine Entlastung der personellen und finanziellen Ressourcen der Kommunen benötigt nach unserer Auffassung in der neuen Legislaturperiode einen energischen Schub, damit endlich greifbare Ergebnisse erzielt werden können und zwar nicht nur auf der

Ebene des Bundes, sondern auch im Rahmen der Beschlüsse der Europäischen Kommission. Auch im Rahmen der Fördermittelverfahren brauchen wir mehr Vertrauen in die Entscheidungen von demokratisch gewählten Vertretern vor Ort und weniger Detailregelungen durch die Ministerialbürokratie.

- Die Frage der **Konnexität** muss endlich auch für Gesetze des Bundes greifen:

Trotz Durchgriffverbot führen immer noch gesetzliche Entscheidungen auf Bundesebene dazu, dass in der Folge mittelbar für die Kommunen erhebliche Belastungen entstehen, für die von Seiten des Bundes und der Länder in vollem Umfang kein Belastungsausgleich vorgenommen wird. Oftmals betrifft es, wie oben bereits angedeutet, den weiteren Ausbau des Sozialstaates, der von Bund und Ländern vorangetrieben wird, dessen Kosten aber die Kommunen tragen müssen. Dabei wäre als erster Schritt eine teilweise Entlastung von den **Kosten der Jugendhilfe** angezeigt.

- Letztlich benötigen wir eine ehrliche Diskussion über Umfang und **Priorisierung staatlicher Aufgaben und staatlicher Leitungen**.

Dazu gehört auch, dass die Überforderung der Kommunen durch die Übernahme von neuen Aufgaben aufhört. Wir müssen uns auf das finanziell und organisatorisch Machbare zurückbesinnen.

Als Verbandsführung des Saarländischen Städte- und Gemeindetages sowie im Namen aller saarländischen Städte und Gemeinden richten wir an Sie die herzliche Bitte und den eindringlichen Appell, unsere oben skizzierten Überlegungen und Forderungen in Ihre politische Arbeit der nächsten Jahre einfließen zu lassen.

Mit den besten Grüßen

Gez.

Prof. Dr. Ulli Meyer
Präsident des Saarländischen
Städte- und Gemeindetages

Gez.

Jörg Aumann
Stv. Präsident des Saarländischen
Städte- und Gemeindetages